

Bilbao/Berlin, 28.05.2013

Neue Umfrage zeigt, dass Arbeitsplatzunsicherheit und -umstrukturierung als häufigste Ursache für arbeitsbedingten Stress gelten

- Die Hälfte der Arbeitnehmer in Deutschland und Europa ist der Ansicht, dass arbeitsbedingter Stress verbreitet ist, und vier von zehn Arbeitnehmern meinen, dass an ihrem Arbeitsplatz nicht gut damit umgegangen wird.
- Arbeitsplatzunsicherheit und -umstrukturierung gelten als häufigste Ursache für arbeitsbedingten Stress in Europa.
- Programme und Strategien, die es Arbeitnehmern erleichtern, bis zum Rentenalter oder darüber hinaus weiterzuarbeiten, sind nur wenig bekannt, obwohl die Mehrheit der Arbeitnehmer ihre Einführung befürwortet. In Deutschland geben nur 8% der Befragten an, solche Programme oder Richtlinien an Ihrem Arbeitsplatz zu haben.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse der dritten gesamteuropäischen Meinungsumfrage, die Ipsos MORI im Namen der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) durchgeführt hat.

Arbeitsbedingter Stress

Nach der Umfrage ist etwa die Hälfte der Arbeitnehmer in ganz Europa (51 %) und Deutschland (52%) der Ansicht, dass arbeitsbedingter Stress an ihrem Arbeitsplatz häufig vorkommt, wobei 16 % angeben, dass er „sehr häufig“ vorkommt. Arbeitnehmerinnen geben häufiger als ihre männlichen Kollegen an, dass arbeitsbedingter Stress verbreitet ist (54 % im Vergleich zu 49 %), und Arbeitnehmer der Altersgruppe 18 bis 54 Jahre (53 %) häufiger als Arbeitnehmer der Altersgruppe ab 55 Jahre (44 %). Die Wahrnehmung des arbeitsbedingten Stresses ist auch nach Branchen unterschiedlich: Dabei äußern Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich am häufigsten, dass Fälle von arbeitsbedingtem Stress verbreitet sind (61 %, wobei 21 % angeben, dass diese Fälle „sehr häufig“ sind). In Deutschland scheint Stress auch mit der Größe des Unternehmens zusammen zu hängen; je größer die Anzahl der Beschäftigten desto häufiger ist die Rede von arbeitsbedingtem Stress und desto schlechter wird damit umgegangen.

Christa Sedlatschek, Direktorin der EU-OSHA erläutert: „41 % der Arbeitnehmer in Europa geben an, dass an ihrem Arbeitsplatz mit arbeitsbedingtem Stress nicht gut umgegangen wird, dabei sagen 15 %, dass „überhaupt nicht gut“ damit umgegangen wird. Die Bekämpfung psychosozialer Probleme, wie z. B. Stress am Arbeitsplatz ist ein wichtiger Tätigkeitsschwerpunkt für uns. Im nächsten Jahr starten wir die Kampagne ‚Stressbewältigung‘ im Rahmen unserer Kampagnen für gesunde Arbeitsplätze. Die Botschaft, die wir europäischen Unternehmen aller Größen und Branchen vermitteln müssen, lautet, dass psychosoziale Risiken in der gleichen logischen und systematischen Weise bekämpft werden können wie andere Probleme im Bereich Gesundheitsschutz und Sicherheit.“

Es besteht eine Verbindung zwischen dem Anteil der Arbeitnehmer, die angeben, dass arbeitsbedingter Stress an ihrem Arbeitsplatz verbreitet ist, und dem Anteil der Arbeitnehmer, die angeben, dass arbeitsbedingter Stress nicht gut bekämpft wird. Sieben von zehn Arbeitnehmern (72 %) in Europa, die angeben, dass arbeitsbedingter Stress an ihrem Arbeitsplatz selten ist, sagen auch, dass er gut bekämpft wird; dagegen meinen sechs von zehn Arbeitnehmern (58 %), die angeben, dass arbeitsbedingter Stress an ihrem Arbeitsplatz verbreitet ist, auch, dass er nicht gut bekämpft wird.

Arbeitsplatzunsicherheit und -umstrukturierung werden europaweit als häufigste Ursache für arbeitsbedingten Stress wahrgenommen (72 %), gefolgt von Arbeitszeit und Arbeitsbelastung (66 %). Unter den jüngeren Beschäftigten in der Altersgruppe 18 bis 34 Jahre liegen diese beiden Ursachen

jedoch gemeinsam an erster Stelle (je 69 %). In Deutschland wird Mobbing oder Belästigung am zweithäufigsten als Grund für Stress am Arbeitsplatz genannt (78%), während zu hohe Arbeitsbelastung den dritten Platz einnimmt (76%). Sechs von zehn Arbeitnehmern (59 %) erkennen inakzeptable Verhaltensformen wie Mobbing und Schikanen oder Belästigung auch in den anderen europäischen Ländern als häufige Ursachen von arbeitsbedingtem Stress an.

In Ländern mit einer höheren Staatsverschuldung geben die Arbeitnehmer häufiger Arbeitsplatzunsicherheit oder -umstrukturierung als wahrgenommene Ursache für arbeitsbedingten Stress an: 73 % der Arbeitnehmer in Ländern mit einer Staatsverschuldung von mehr als 90 % des BIP nennen Arbeitsplatzunsicherheit oder -umstrukturierung als häufige Ursache für arbeitsbedingten Stress, dagegen nur 66 % der Arbeitnehmer in Ländern mit einer Staatsverschuldung von 60 % des BIP oder weniger¹.

Ein geringerer Anteil von Arbeitnehmern nennt schließlich eine fehlende Unterstützung von Kollegen oder Vorgesetzten (57 %), eine mangelnde Klarheit der Rollen und Aufgaben (52 %) oder die eingeschränkte Möglichkeit der Gestaltung von Arbeitsmustern (46 %) als häufige Ursachen von arbeitsbedingtem Stress.

Aktives Altern

Die Hälfte der Befragten (52 %) in ganz Europa -in Deutschland sind es sogar 58%- erwartet, dass der Anteil von Arbeitnehmern in der Altersgruppe ab 60 Jahre an ihrem Arbeitsplatz bis 2020 zunehmen wird (43 % der Befragten halten dies für unwahrscheinlich). Die Ansicht, dass es im Jahr 2020 einen höheren Anteil von Beschäftigten der Altersgruppe ab 60 Jahre an ihrem Arbeitsplatz geben wird, ist unter Arbeitnehmern der Altersgruppe ab 55 Jahre stärker verbreitet (59 %) als unter Arbeitnehmern der Altersgruppe 35 bis 54 Jahre (54 %) und jüngeren Arbeitnehmern der Altersgruppe 18 bis 34 Jahre (45 %).

Lediglich einem von acht Arbeitnehmern in Europa (12 %) sind Strategien und Programme bekannt, die es älteren Arbeitnehmern erleichtern, bis zum Rentenalter oder darüber hinaus weiterzuarbeiten. In Deutschland sind es sogar nur 8%. Der Bekanntheitsgrad solcher Strategien nimmt mit der Unternehmensgröße zu und reicht von 7 % in den kleinsten Unternehmen (1-10 Beschäftigte) bis zu 19 % in den größten Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte). 64 % der Befragten in Deutschland, denen solche Programme und Strategien nicht bekannt sind, befürworten ihre Einführung. Zu den Gruppen, die diese Strategien tendenziell befürworten, zählen Frauen, Teilzeitbeschäftigte, Arbeitnehmer im Gesundheits- und Pflegebereich sowie Beschäftigte in größeren Unternehmen. Die Unterstützung für solche Strategien ist bei der Altersgruppe 35-54 leicht stärker ausgeprägt als bei jüngeren sowie bei noch älteren Arbeitnehmern (66 % im Vergleich zu 63 % der Arbeitnehmer der Altersgruppe 18 bis 34 Jahre bzw. 61% der Arbeitsgruppe 55+).

Die Frage, ob sie der Ansicht wären, dass ältere Arbeitnehmer in der Altersgruppe ab 60 Jahren häufiger als andere Arbeitnehmer bestimmte Verhaltensweisen zeigen, ergab in Deutschland folgende Antworten:

- Einer von zehn Arbeitnehmern (13 %) sind der Ansicht, dass ältere Arbeitnehmer mehr Unfälle am Arbeitsplatz als andere Arbeitnehmer erleiden (diese Größenordnung ist für die meisten Gruppen konsistent, obwohl Arbeiter diese Ansicht etwas häufiger vertreten).
- 15% der Befragten meinen, dass ältere Arbeitnehmer in der Altersgruppe ab 60 Jahre bei der Arbeit weniger produktiv sind als andere Arbeitnehmer.
- Circa vier von zehn (45 %) sind der Ansicht, dass ältere Arbeitnehmer tendenziell häufiger unter arbeitsbedingtem Stress leiden als andere Arbeitnehmer, während ein etwas größerer Anteil der Arbeitnehmer (52%) die gegenteilige Ansicht vertritt.
- Die Hälfte der Befragten (52 %) meinen, dass Arbeitnehmer in der Altersgruppe ab 60 Jahre nicht so gut in der Lage sind, sich auf Änderungen bei der Arbeit einzustellen, wie andere Arbeitnehmer. Diese Wahrnehmung wird allerdings nur von 37% der älteren Arbeitnehmer in der Altersgruppe ab 55 Jahre geteilt, während die jüngste Gruppe (18-34) mit 61% diese Ansicht am häufigsten vertritt.

¹ Die Daten für die Staatsverschuldung als prozentualer Anteil des BIP für das zweite Vierteljahr 2012 stammen von Eurostat. Länder mit einer Staatsverschuldung von mehr als 90 % des BIP sind Griechenland, Italien, Belgien, Irland, Portugal, Frankreich und Island. Länder mit einer Staatsverschuldung von 60 % des BIP oder weniger sind Polen, Finnland, Lettland, Dänemark, die Slowakei, Schweden, die Tschechische Republik, Litauen, Slowenien, Rumänien, Luxemburg, Bulgarien, Estland, die Schweiz, Liechtenstein und Norwegen.

Links

[Vollständige EU- und Länder-Ergebnisse
Überblicksbericht \(auf Englisch\)](#)

Anmerkungen für die Redaktion

1. Die Aufgabe der **Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)** besteht darin, dazu beizutragen, dass die Arbeitsplätze in Europa sicherer, gesünder und produktiver werden. Die Agentur untersucht, entwickelt und verbreitet verlässliche, ausgewogene und unparteiische Informationen über Sicherheit und Gesundheit und organisiert europaweite Kampagnen zur Sensibilisierung. Die Agentur wurde 1996 von der Europäischen Union gegründet und hat ihren Sitz in Bilbao, Spanien. Sie bringt nicht nur Vertreter der Europäischen Kommission, der Regierungen der Mitgliedstaaten, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sondern auch führende Sachverständige zusammen – und dies in jedem der 27 EU-Mitgliedstaaten und darüber hinaus.

Jetzt können Sie uns über [Twitter](#) folgen, den [Blog der Agentur](#) besuchen oder unseren [monatlichen Newsletter OSHmail](#) abonnieren. Sie können sich auch bei den [RSS](#)-Diensten registrieren, um regelmäßig Nachrichten und Informationen der EU-OSHA zu beziehen. <http://osha.europa.eu>

2. Die EU-OSHA hat Ipsos MORI beauftragt, eine Umfrage zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte und Selbständige zu erarbeiten und durchzuführen. Ipsos MORI führte in 31 europäischen Ländern (27 derzeitigen EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) Umfragen durch und führte dabei zwischen dem 23. November 2012 und dem 5. Februar 2013 insgesamt 16 622 Gespräche. Pro Land wurden durchschnittlich 536 Gespräche geführt (zwischen 200 in Liechtenstein und 770 in der Schweiz).

In 26 Ländern erfolgte die Befragung telefonisch; in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Malta, Rumänien und der Slowakei wurden persönliche Gespräche geführt. Soweit verfügbar, wurden Mehrthemenbefragungen verwendet (Österreich, Tschechische Republik, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich), während in anderen Ländern Ad-hoc-Umfragen durchgeführt wurden.

Nach der Feldarbeit wurde eine Gewichtung durchgeführt, um eventuelle geringe Unterschiede zwischen der tatsächlichen Verteilung von Gesprächen und der Zielvorgabe für das jeweilige Land (in Bezug auf Alter, Geschlecht und Region) auszugleichen. Bei der Aggregation der Ergebnisse auf einem Gesamtniveau für die 31 Länder wurden die Daten nach der Größe der Erwerbsbevölkerung jedes Landes gewichtet, um eine Überrepräsentation kleinerer Länder und eine Unterrepräsentation größerer Länder bei den Ergebnissen zu vermeiden.

Presseanfragen

[Birgit Müller – Internationale Presse](#) +34 94 479 35 52 | news@osha.europa.eu

[Marta Urrutia – Spanische Presse](#) +34 94 479 57 46 | noticias@osha.europa.eu

[Brenda O'Brien – Verbindungsbüro in Brüssel](#) +32 2 401 68 59 | obrien@osha.europa.eu